

**WIRTSCHAFTSTREUHAND ALTENBURG
STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT MBH**

Fabrikstraße 36 * 04600 Altenburg

Informations-Brief I / 2016

***Leute mit Mut und Charakter sind den
anderen Leuten immer sehr unheimlich.***

Hermann Hesse

Dieses Mal möchten wir Sie über folgende Themen informieren:

- Auch organisatorische Kassenunterlagen sind aufbewahrungspflichtig
- Umsatzsteuer - Rechnungen mit Postfachadresse problematisch
- Steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus
- Grunderwerbsteuer in Thüringen
- Arbeitszimmer - keine Erleichterungen
- Umsatzsteuer - kein ermäßigter Steuersatz bei der Online-Ausleihe
- Unterhaltszahlungen - Neue Düsseldorfer Tabelle ab 01.01.2016
- Neuer Link für Onlinehändler
- Einnahmen aus dem Betrieb einer Solaranlage - Anrechnung auf Einkommen

Auch organisatorische Kassenunterlagen sind aufbewahrungspflichtig

Unternehmen mit überwiegendem Barumsatzgeschäft haben eine Kasse zu führen und die einzelnen Umsätze täglich zu erfassen. Zur Erfassung der Umsätze darf sich der Unternehmer technischer Hilfsmittel wie z. B. einer Registrierkasse bedienen. In der Vergangenheit gewährte der Bundesfinanzhof Erfassungserleichterungen, wenn an eine große Anzahl von namentlich nicht bekannten Kunden Umsätze von geringem Wert erbracht wurden. Hier reichte es aus, dass der Unternehmer einen fortlaufend nummerierten Tagesendsummenbons (oder Z-Bon) aufbewahrte.

Nach einem neuen Urteil des Bundesfinanzhofes (Urteil v. 25.3.2015, Az.: X R 20/13) muss der Unternehmer nun auch bei programmierbaren Registrierkassen die Bedienungsanleitung sowie Einrichtungs- und Änderungsprotokolle aufbewahren (10-Jahre). Das Fehlen kann das Finanzamt für eine Hinzuschätzung von Einnahmen nutzen.

Sofern aktuell die Bedienungsanleitung nicht mehr vorhanden ist, im Internet wird man bestimmt fündig oder den Kassenmonteur befragen.

WIRTSCHAFTSTREUHAND ALTENBURG STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT MBH

Fabrikstraße 36 * 04600 Altenburg

Umsatzsteuer - Rechnungen mit Postfachadresse problematisch

Für den umsatzsteuerlichen Vorsteuerabzug ist eine Rechnung mit vollständigem Namen und Anschrift des Leistenden erforderlich. Die Angabe eines Postfaches oder ein reiner Briefkastensitz ist hierfür nicht ausreichend.

Bundesfinanzhof, Az. V R 23/14

Steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus

Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf zur Einführung einer steuerlichen Förderung des Mietwohnungsbaus gebilligt. Über Sonderabschreibungen für die Anschaffung oder Herstellung neuer Mietwohngebäude sollen steuerliche Vergünstigungen eingeräumt werden. Die begünstigten Flächen müssen mindestens 10 Jahre für die Vermietung zu Wohnzwecken dienen. Allerdings wird die Förderung beschränkt

- auf ausgewiesene Fördergebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt (Gebiete mit Mietpreisbremse sowie Gebiete mit einem Mietniveau entsprechend Mietstufen IV bis VI der Wohngeldverordnung)
- Wohnungen mit hohem Standard werden von der Förderung ausgeschlossen
- die Obergrenze der Baukosten liegt bei 3.000 € / qm Wohnfläche, gefördert werden maximal 2.000 € / qm Wohnfläche.

Bundesministerium der Finanzen, Pressemitteilung vom 03. Februar 2016

Grunderwerbsteuer in Thüringen

Der Thüringer Landtag hat wie erwartet beschlossen, die Grunderwerbsteuer des Landes von 5 auf 6,5 Prozent vom Kaufpreis zu erhöhen. Wer sich mit dem Gedanken an einen Grundstückserwerb trägt und noch vor der offiziellen Gesetzesänderung handelt, kann also Grunderwerbsteuer sparen.

Pressemitteilung vom 09. Februar 2016

Arbeitszimmer – keine Erleichterungen

Wer das häusliche Arbeitszimmer steuerlich absetzen will, muss sich auch künftig an strenge Regeln halten. Das aktuelle Urteil des Bundesfinanzhofs macht zudem die Hoffnungen aller zunichte, die nur eine Arbeitsecke nutzen.

Tausende Selbstständige und Freiberufler - und auch immer mehr Angestellte - brauchen morgens nur ein paar Schritte bis zu ihrem Arbeitsplatz: Sie arbeiten von zu Hause aus; ihr Arbeitszimmer befindet sich im eigenen Haus, in der eigenen Wohnung.

WIRTSCHAFTSTREUHAND ALTENBURG STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT MBH

Fabrikstraße 36 * 04600 Altenburg

Inwiefern Steuerzahler das häusliche Arbeitszimmer steuermindernd geltend machen können, darüber wird seit Jahren gestritten. Ein aktuelles Grundsatzurteil des Bundesfinanzhofs (Az. GrS 1/14) macht nun die Hoffnungen der Home-Office-Arbeitenden zunichte: Das Finanzamt beteiligt sich auf künftig nur dann an den Kosten, wenn das Arbeitszimmer fast nur beruflich genutzt wird. Wer nur zeitweise in dem Zimmer arbeitet und dort ansonsten Gäste unterbringt oder mit seiner Eisenbahn spielt, geht leer aus.

Wie der Bundesfinanzhof am Mittwoch klar stellte, setzt „ein häusliches Arbeitszimmer neben einem büromäßig eingerichteten Raum voraus, dass es ausschließlich oder nahezu ausschließlich für betriebliche oder berufliche Zwecke genutzt wird“.

Umsatzsteuer: Kein ermäßigter Steuersatz bei der "Online-Ausleihe" (Bundesfinanzhof)

Umsätze mit digitalen oder elektronischen Sprachwerken (wie z.B. E-Books) unterliegen bei der Umsatzsteuer nicht dem ermäßigten Steuersatz. Die Steuersatzermäßigung gilt nur für Bücher auf physischen Trägern. Handelt es sich demgegenüber um eine "elektronisch erbrachte Dienstleistung", ist der Regelsteuersatz anzuwenden (BFH, Urteil v. 3.12.2015 - V R 43/13).

Hintergrund: Nach § 12 Abs. 2 Nr. 2 UStG ermäßigt sich die Steuer auf 7% für die Vermietung der in der Anlage 2 bezeichneten Gegenstände. Nach Nr. 49 dieser Anlage gehören hierzu auch "Bücher".

Sachverhalt: Der vom BFH entschiedene Streitfall betrifft die sog. "Online-Ausleihe" digitalisierter Sprachwerke (E-Books). Die Klägerin räumte den Bibliotheken Nutzungsrechte an digitalisierten Sprachwerken ein. Dies ermöglichte den Bibliotheksnutzern, die lizenzierten Sprachwerke über das Internet von den Servern der Klägerin abzurufen. Finanzamt und Finanzgericht unterwarfen die Leistungen der Klägerin an die Bibliotheken dem Regelsteuersatz. Der BFH bestätigte dies nun.

Auf der Grundlage des BFH-Urteils dürfte davon auszugehen sein, dass auch die Lieferung von E-Books dem Regelsteuersatz unterliegt. Im konkreten Streitfall hatte der BFH hierüber allerdings nicht zu entscheiden. Die Regierungskoalition hatte zu Beginn der Legislaturperiode im Koalitionsvertrag vereinbart, die Steuersatzermäßigung auch auf "E-Books, E-Paper und andere elektronische Informationsmedien" auszuweiten. Dies erfordert allerdings eine Änderung im europäischen Mehrwertsteuerrecht, zu der es noch nicht gekommen ist. Zu Fällen, in denen Bücher geliefert werden und den Abnehmern gleichzeitig die elektronische Version zur Verfügung gestellt wird, musste sich der BFH nicht äußern; die Finanzverwaltung verlangt in diesen Fällen eine Entgeltsaufteilung (s. OFD Frankfurt/M. v. 19.5.2015).

Vereinfacht und überschlägig kann man sagen, Bücher in Papierform 7% USt, auf elektronischem Wege (E-Books u. a.) 19% USt.

WIRTSCHAFTSTREUHAND ALTENBURG STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT MBH

Fabrikstraße 36 * 04600 Altenburg

Unterhaltszahlungen - Neue Düsseldorfer Tabelle ab 01.01.2016

Die „Düsseldorfer Tabelle“ dient als Richtlinie für die Bemessung des angemessenen Kindesunterhaltes. Die Werte wurden ab 01. Januar 2016 leicht erhöht, der monatliche Mindestunterhalt beträgt

- in der ersten Altersstufe 335 € (bisher 328 €)
- in der zweiten Altersstufe 384 € (bisher 376 €)
- in der dritten Altersstufe 450 € (bisher 440 €)

Auch die übrigen Bedarfssätze wurden angehoben, so zum Beispiel bei einem volljährigen Kind, das nicht bei seinen Eltern wohnt, auf 735 €.

Neuer Link für Onlinehändler

Onlinehändler müssen neuerdings den Link zu einer Schlichtungsstelle der Europäischen Union auf ihrer Webseite integrieren, ansonsten drohen Abmahnungen. Durch den Link erhalten Verbraucher die Möglichkeit, sich bei Streitigkeiten mit einem Internet-Händler an eine Schlichtungsstelle zu wenden. Der Link lautet <http://ec.europa.eu/consumers/odr/>, ist aber erst ab 15. Februar 2016 zugänglich.

EU-Verordnung Nr. 524/2013 vom 09. Januar 2016

Einnahmen aus dem Betrieb einer Solaranlage - Anrechnung auf Einkommen

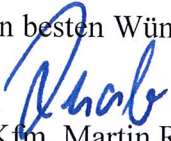
Wer Einnahmen aus einer Solaranlage hat, gilt als Gewerbetreibender („Mini-Unternehmer“), die Einkünfte hieraus werden bei maßgeblichen Einkommensgrenzen (zum Beispiel bei Erwerbs- oder vorgezogenen Altersrenten, ALG II – Bezug u. a.) mit berücksichtigt.

Verwaltungsgericht Minden, Az. S 15 R 389/13)

* * * * *

Wenn sie zu diesen oder anderen Themen Fragen haben oder eine Beratung wünschen, setzen sie sich bitte mit uns in Verbindung.

Mit den besten Wünschen verbleibt


Dipl.-Kfm. Martin Raab
Steuerberater

Alle auch älteren Info-Briefe sind über
unsere Internetseite verfügbar